

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Bildung auf neue Art

An der Philosophischen Fakultät der Moskauer Universität ist eine politologische Abteilung gegründet worden. Hier sollen «Politologen-Praktiker für staatliche Strukturen, politische Parteien und Business» ausgebildet werden. Zu dieser Abteilung gehört auch das «Laboratorium für politische Analysen und Prognostizierung». In der Abteilung werden jährlich 35 Studenten ausgebildet.

Eine Schule der Demokratie soll das in Moskau gegründete «Institut für politische Funktionäre» werden. Als Hörer werden Mitglieder der demokratischen Parteien Russlands aufgenommen. Zu den Unterrichtsfächern gehören Soziologie, «ausländische Erfahrung im parlamentarischen Kampf» und Disziplinen der früheren Parteihochschule.

(«Rossijskaja gaseta», 21. 4. 92)

General im Hungerstreik

Der Garnisonskommandant von Simferopol (Republik Krim), Korpskommandant General Kusnezow, befindet sich zusammen mit seinen Stellvertretern im Hungerstreik wegen seiner Absetzung als Korpskommandant. Die Attestkommission des ukrainischen Verteidigungsministeriums, vor der Kusnezow zwecks Beförderung erschienen war, verfügte seine Absetzung, nachdem er auf die Frage des Kommissionsmitgliedes Oberst Muljawa, Stellvertreter des ukrainischen Verteidigungsministers, «Werden Sie gegen Russland kämpfen?» mit einem klaren «Nein» geantwortet hatte.

(«Komsomolskaja pravda», 14. 5. 92)

Normale Beziehungen

Nach der Verselbständigung der baltischen Republiken kann eine weitgehende Normalisierung ihrer Beziehungen zu Russland festgestellt werden:

– In Estland ist das zunächst verfügte Ausfuhrverbot für Lebensmittel nach Russland jetzt aufgehoben worden. 400 t Käse, 1500 t Butter und 3000 t Fleisch sind für die Lieferung nach Russland freigegeben.

Als Gegenleistung erhält Estland aus Russland Metalle, Kraftstoff und Maschinen. Den ersten Schritt zur Normalisierung der Handelsbeziehungen hat der estnische Minister T. Vjachi getan mit einem entsprechenden Brief an den russischen Premierminister E. Gaidar.

– Der erste russische Botschafter in Lettland wurde in Riga Mitte Mai eingesetzt. Zum ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter wurde der Berufsdiplomat Alexander Rannich ernannt. Gegenwärtig wird über die Benützung des früheren sowjetischen Botschaftsgebäudes (vor

der sowjetischen Okkupation 1940) verhandelt. Botschafter Rannich will möglichst schnell die lettische Sprache lernen.

– Nach der beidseitigen Ratifizierung ist das Abkommen zwischen Russland und Litauen über die diplomatischen Beziehungen in Kraft getreten. Der in Vilnius weilende Stellvertreter des russischen Außenministers, F. Schelow-Kowedjaew, erklärte: «In den nächsten Monaten wird die russische Botschaft in Vilnius mit der Arbeit beginnen». («Iswestija», 5. 5. 92)

(Zusammengestellt von Georg Bruderer)

DER KOMMENTAR

Kein Plus der GUS

In Taschkent hat sich Russland mit seinen Verbündeten in der GUS auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik geeinigt, aber die Normalpartner fehlten. Wenn man sich aber in einem Staatenbund nicht einmal darauf einigen kann, bleibt an Gemeinsamkeit im Willen nur noch wenig übrig.

Der Beschluss von Taschkent, überhaupt eine GUS-eigene Sicherheitspolitik zu führen, ist von sechs der elf Mitglieder (die andern blieben sogar der Tagung fern) unterzeichnet worden. Das ist wenig genug, aber als schlimmer noch erweist sich das qualitative Manko: Zu Russland hielten in dieser wahrhaft prioritären Frage nur noch die «Exoten», oder vielmehr auch bloss einige davon.

Präsent und einverstanden waren Russland, Armenien, Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan. Gefehlt haben die Ukraine, Weissrussland, Moldava, Aserbajdschan und Kirgisien. (Die baltischen Staaten und Georgien gehören nicht zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der GUS). Das ist eine völlig unnatürliche Zweiteilung.

Als sich die Frage nach dem künftigen Nachfolgegebilde der Sowjetunion stellte, «wusste» man, was aus historischen und kulturellen Gründen, was im Minimum zusammenbleiben musste: die slawischen

Kernlande mit Russland, Weissrussland und der Ukraine. Inzwischen — und hoffentlich auch interimistisch — tun die Ukrainer so, als seien die Russen ihre naturgegebenen Erbeinde. Und die Weissrussen markieren faktische Neutralität. Taschkent hat das Faktum bestätigt.

Was Russland «dafür» um sich schart, ist zweite Wahl. Armenien ist ohne die geringste Zuneigung dabei, weil ihm nichts anderes übrig bleibt. In der Zange zwischen akuten und potentiellen Feinden (Aserbajdschan und Türkei) ist der Kleinstaat nicht in der Lage, seine Sicherheit allein zu gewährleisten, und den einzigen möglichen Halt, widerwillig genug gewährt, verspricht die GUS. Zuverlässig ist er nicht, aber Hoffnungen auf EG oder UNO sind noch abwegiger.

Dann die vier ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken minus Kirgisien. Sie sind wirtschaftlich an Russland gekettet, ansonsten fremd, und politisch in einem Aufbruch begriffen, der erst angefangen hat. Eine Kumpanei bis auf weiteres.

So wird die GUS nicht zu retten sein. Sie bedarf einer Neuformierung, und zwar in ihrem europäischen Teil. Ein verkrachter Haushalt ist nicht dadurch zu flicken, dass die Cousins mitessen wollen.

Christian Brügger